

IHK-Rebell: Kammern überschätzen sich

Kai Boeddinghaus wirft der Rostocker Industrie- und Handelskammer schwere Versäumnisse vor.

Interview von
Gerald Kleine Wördemann

Rostock – Der Bundesverband freie Kammern setzt sich für eine Erneuerung der 80 Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland ein. OZ sprach mit dem Verbandsgeschäftsführer und „IHK-Rebellen“ Kai Boeddinghaus (54) über die Krise der IHK in Rostock.

OZ: Herr Boeddinghaus, der Industrie- und Handelskammer Rostock ist mit Andreas Sturmowski zum zweiten Mal in zwei Jahren der Hauptgeschäftsführer abhanden gekommen. Ist das noch normal?

Boeddinghaus: Es kommt immer mal wieder vor, dass ein Geschäftsführer gehen muss, aber so oft, das ist schon auffällig.

OZ: Hat sich die Rostocker IHK korrekt verhalten?

Boeddinghaus: Nein, wir können ja nur raten, ob Herr Sturmowski sich tatsächlich etwas zuschulden kommen lassen hat. Wenn ein erhebliches Verschulden vorliegen sollte, bräuchte die Kammer keine Abfindung zu zahlen. Aber anstatt dass aufgeklärt wird, geht Sturmowski jetzt unter höchst dubiosen Anschuldigungen und die Kammermitglieder dürfen rätseln, ob er einen goldenen Handschlag bekommen hat oder nicht.

OZ: Der IHK-Präsident bestätigte indirekt, dass es eine Abfindung gab, schweigt aber über die Höhe. Wie viel ist üblich?

Boeddinghaus: Wie lange war er im Amt?

OZ: Nur etwa 16 Monate.

Boeddinghaus: (lacht) Ich gehe davon aus, dass er eine sechstellige Summe bekommen hat. Die Höhe richtet sich nach dem Gehalt und der Restlaufzeit des Vertrages. Und es zahlen immer die Kammermitglieder.

OZ: Wem hilft die Heimlichkeit?

Boeddinghaus: Dem Erhalt des Selbstbildes. Ich kenne Fälle, bei denen Geschäftsführer mit

dem Auftrag eingestellt wurden, die Kammer zu modernisieren. Die neuen Geschäftsführer machen aber oft den Fehler zu glauben, die Kammer meine es ernst mit der Modernisierung. Wenn jemand guckt, was die Kammer wirklich leistet, finden das viele unangenehm. Und bevor das Selbstbild in Gefahr gerät, wird lieber der Geschäftsführer entsorgt.

OZ: Was haben die Kammern denn für ein Selbstbild?

Boeddinghaus: Sie leiden an Selbstüberschätzung. Die Kammern glauben, dass sie als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft automa-



Kai Boeddinghaus
Foto: privat

120 Mitglieder im Nordosten

70 Unternehmen aus dem Kammerbezirk Rostock gehören dem Bundesverband für freie Kammern (Bffk) an, 120 sind es in ganz MV. Bundesweit zählt der kammerkritische Verband 1300 Mitglieder, darunter bekannte Namen wie die Kölner Strabag AG und die Züblin AG aus Stuttgart. Nicht alle Firmen machen ihre Mitgliedschaft öffentlich. Zu

den Unterstützern gehört unter anderem der frühere CDU-Politiker Kurt Biedenkopf. Die Verband fordert eine IHK-Reform und mehr Transparenz – etwa die Offenlegung von IHK-Geschäftsführer-Gehältern.

Der hauptamtliche Geschäftsführer des Bffk bekommt für seine Arbeit nach eigenen Angaben „weniger als 50 000 Euro brutto im Jahr“.

tisch effizienter wären als der Staat. Sie sind aber eine normale Behörde. Wenn es zu Missständen und Skandalen kommt, verbringen sie mehr Zeit damit, ihr schönes Selbstbild zu wahren, als Energie in die Aufklärung zu stecken. Außerdem trägt ein starker Korpsgeist dazu bei, dass vieles vertuscht wird. Ein weiteres Problem ist mangelnde Transparenz. Nur eine Kammer bundesweit veröffentlicht Wahlergebnisse. Dabei ist das ein Grundpfeiler jeder Demokratie. Auch Geschäftsführergehälter werden nicht veröffentlicht.

OZ: Was verdient ein IHK-Hauptgeschäftsführer?

Boeddinghaus: Nach unseren Quellen reicht die Spanne von 150 000 Euro jährlich bei sehr kleinen Kammern bis zu 500 000 Euro bei den Großen.

OZ: Wollen sie die Kammern abschaffen?

Boeddinghaus: Nein, ausdrücklich nicht. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft soll bleiben, aber auf Basis freiwilliger Mitgliedschaft und mit klarem Aufgabenkatalog. Die Handwerkskammern zeigen, wie das möglich wäre: Bei den Innungen ist die Mitgliedschaft freiwillig, einige Handwerkskammern erheben außerdem Beiträge für die Fi-

nanzierung der Berufsausbildung. Dieses Bild schwebt mir für die Kammern vor: Jedes Unternehmen zahlt einen bestimmten Beitrag, unter anderem für die Ausbildung, die Mitgliedschaft wäre aber freiwillig.

OZ: Was wäre anders, wenn trotzdem Beitrag verlangt wird?

Boeddinghaus: Der Ärger vieler Unternehmen entsteht nicht wegen der Beiträge, sondern darüber, was die Kammern mit dem Geld anstellen. Das betrifft überflüssige Veranstaltungen, bei denen man sich wichtig macht und gegenseitig auf die Schultern klopft, es geht um überhöhte Gehälter und palastartige Verwaltungssitze. Es wird auch oft Interessenvertretung betrieben, gegen den Willen vieler Unternehmen, offiziell aber in deren Namen. Wenn sich ein Kammerpräsident zum Mindestlohn äußert, gibt er vor, für die gesamte Wirtschaft zu sprechen. Tatsächlich segelt er hart an der Kante des Erlaubten. Den Kammern ist es ausdrücklich verwehrt, sich zu Tarif- und Sozialpolitik zu äußern. Die meisten scheuen sich aber nicht darum. Unternehmen, die das nicht wollen, bleibt nur, dagegen zu klagen. Dann führt die Kammer Prozesse mit unserem Geld und schafft sich auch noch selbst Beschäftigung.